

Es diskutierten (v. l.): Michael Neubauer, GF des Berufsverbands Kinematografie, Albrecht Frenzel, Verwaltungsdirektor des Bayerischen Rundfunks, Irina Wanka, 1. Vorsitzende des Interessenverbands Deutscher Schauspieler (IDS), Lorenz Wolf, Vorsitzender des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks, und Heinz Fischer-Heidlberger, Vorsitzender der KEF und Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

Foto: IDS / Claudia Aursch



IDS diskutiert über Verteilung der Rundfunkgebühren

Außer Kontrolle?

München – Filmschaffende können nicht darauf hoffen, vom Plus bei den Rundfunkgebühren in Form einer Programmoffensive oder höheren Produktionsbudgets zu profitieren. Das machte der KEF-Vorsitzende Heinz Fischer-Heidlberger bei einer Podiumsdiskussion in München deutlich.

Das fette Plus bei den Rundfunkgebühren, das sich allein in diesem Jahr auf Mehreinnahmen von 643 Mio. Euro summiert, weckt Begehrlichkeiten, verständlicherweise. So fordert beispielsweise die Produzentenallianz finanzielle Erleichterungen für Produzenten. Ein anderer Vorschlag sieht eine 100-Mio.-Euro-Programmoffensive von ARD und ZDF vor, finanziert aus dem prall gefüllten Gebührentopf. Doch die Filmschaffenden hoffen vergeblich auf einen Gebührenbonus. „Es wird keine Rückzahlung geben“, machte Heinz Fischer-Heidlberger, KEF-Vorsitzender und Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, bei einer Podiumsdiskussion im Rahmen des Filmfests München deutlich. Der Rundfunkbeitrag sei zum 1. April 2015 von 17,98 Euro auf 17,50 Euro abgesenkt worden. Lorenz Wolf, Rundfunkratsvorsitzender des Bayerischen Rundfunks, sprach von „Rechtsbruch“, würden Gremien eingreifen und den Gebührenüberschuss – etwa unter Kreativen – verteilen.

Thema der IDS-Veranstaltung waren die öffentlich-rechtlichen Sender und die Kontrolle ihrer Tochterunternehmungen. Pikant: Laut Panelmoderatorin Irina Wanka war kein Vertreter einer der ARD- und ZDF-Ablegerbe-

reit, sich an der Diskussionsrunde zu beteiligen. Dabei ist deren Flotte an kommerziellen Beibooten auf die stattliche Anzahl von 150 angewachsen. Michael Neubauer vom Berufsverband Kinematografie sprach in dem Zusammenhang von einer „Konzernbildung“, die im Gange sei, ARD und ZDF setzten mit ihren kommerziellen Töchtern jährlich 1,5 Mrd. Euro um. Die Folge seien Unregelmäßigkeiten in den Märkten, mittelständische Unternehmen in den Bereichen Produktion, Rental und Postproduktion leiden unter der öffentlich-rechtlichen Konkurrenz. Neben „vernünftigen Strukturen“ forderte Neubauer eine effektivere Kontrolle der Mittelverwendung der öffentlich-rechtlichen Sender sowie Sanktionsmöglichkeiten im Falle von Verstößen. Albrecht Frenzel, Verwaltungsdirektor des BR, widersprach dem Vorwurf, die Öffentlich-Rechtlichen würden Konzernstrukturen aufbauen. Vielmehr hätten ARD und ZDF in den vergangenen Jahren ihre Beteiligungen reduziert. Als Beispiel führte Frenzel den Verkauf von Postproduktionsfirmen der Studio Hamburg Gruppe an. Dass die Filmtechnik-Sparte der Hamburger an die Bavaria ging, erwähnte er dabei nicht. Das EU-Beihilfegesetz habe außerdem zu mehr Kon-

trolle und Transparenz bei den öffentlich-rechtlichen Töchtern geführt. „Es läuft nichts aus dem Ruder“, sagte Frenzel. Die hohe Zahl an kommerziellen Firmen von ARD und ZDF führt der BR-Verwaltungsdirektor auf die Anfänge des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zurück, als das notwendige Know-how für die Programmgestaltung nicht auf dem freien Markt zu beschaffen war. Heute sei die Situation eine andere, der Markt biete ein vielfältiges Angebot an Dienstleistungen, Beteiligungen würden von ARD und ZDF eher als Risiko eingestuft.

KEF-Chef Fischer-Heidlberger erinnerte in dem Zusammenhang daran, dass die Renditeerwartung von öffentlich-rechtlichen Töchtern bei fünf Prozent liege. Darüber hinaus habe beispielsweise Bavaria Film in den vergangenen Jahren die Anzahl ihrer Beteiligungen

Selbstverpflichtungserklärung bei Produzenten als Vorschlag

von 50 auf 35 reduziert. Im Zusammenhang mit der Forderung nach mehr Kontrolle der öffentlich-rechtlichen Töchter stellte Fischer-Heidlberger klar: „Die KEF hat keinen Kontrollauftrag.“ Die Gebührenanmeldungen von ARD und ZDF würden auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit überprüft sowie darauf, ob die Mittel ausreichend sind, um den Rundfunkauftrag zu erfüllen. „Es gibt keine richtige Kontrolle“, so das Fazit von Verbandschef Neubauer. Sein Vorschlag: Produzenten sollten eine Selbstverpflichtungserklärung abgeben, in der sie sich ausdrücklich zu geltenden Tarifen, Bestimmungen und Gesetzen bekennen. Bei Zuwiderhandlung drohen empfindliche Sanktionen. *ak*